

„Verbot der Prostitution reicht nicht aus“

Oberbürgermeister Egon Vaupel fordert Eindämmung von Armut, die Frauen in die Prostitution treibt

Im OP-Interview nimmt Oberbürgermeister Egon Vaupel Stellung zur Diskussion um Prostitution, die Arbeit der Initiative „Frauenrecht ist Menschenrecht“ (FiM) mit Prostituierten und der Bewertung dieser Arbeit.

Fortsetzung von Seite 1
von Björn Wisker
und Till Conrad

OP: Insider sprechen von „mafiosen Strukturen“, berichten von zwangsverschleppten Frauen, von regelmäßigen Gewaltandrohungen und gewaltsamen Übergriffen im „Erotic Island“. Wie kriminell ist Ihrer Einschätzung nach das Rotlicht-Milieu in Marburg?

Oberbürgermeister Egon Vaupel: Eine realistische Einschätzung dazu kann ich nicht abgeben. Ich bin kein Insider. Die Frage kann nur von der Polizei beantwortet werden.

OP: Welche Handhabe haben Polizei und Ordnungskräfte in Marburg, Prostituierte zu schützen und für ihre Sicherheit auch im Falle ihres Ausstiegs zu garantieren?

Vaupel: Vertreter der Marburger Polizei haben immer wieder dargelegt, dass die Polizei die Hilfe und Beratung, die FiM leistet, nicht erbringen kann. Die Streetworkerinnen beherrschen mehrere Sprachen und kennen die Szene sehr gut, sind aber keine „amtliche Stelle“. Beides ist sehr wichtig, um eine Vertrauensbasis möglich zu machen. FiM kann die Frauen, die aussteigen wollen, an einem sicheren Ort unterbringen und sie betreuen.

OP: Wie stehen Sie zur Forderung nach Änderung des Prostitutionsgesetzes, das Polizei und Ordnungskräften mehr Handhabe zum unangemeldeten Kontrollbesuch und zum Durchgreifen geben soll?

Vaupel: Ich unterstütze diese



Bordell Erotic Island in Wehrda: Über den richtigen Umgang mit Prostitution in Marburg ist eine politische Debatte entbrannt.

Foto: Thorsten Richter

Forderung. Wir haben als Universitätsstadt Marburg nachdrücklich auf die Missstände des bestehenden Prostitutionsgesetzes hingewiesen – hessen- und bundesweit. Die Marburger Empfehlungen und Forderungen wurden z. B. im Hessischen Petitionsausschuss behandelt. Das, was in Marburg erarbeitet wurde, ist eingeflossen in die Forderungen für eine neue gesetzliche Regelung auf Bundesebene. Wir wollen Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen und die Täter konsequent bestrafen. Das heißt: Verurteilungen sollen künftig nicht mehr daran scheitern, dass das Opfer nicht aussagen will. Das heißt

auch: Mehr Rücksicht auf die persönliche Situation von Frauen, besseres Aufenthaltsrecht und so weiter. Ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten müssen gesetzlich verbessert werden.

OP: Sollen Freier in Deutschland bestraft werden?

Vaupel: Wenn ich mir die Erfahrungen aus Schweden anschau, reicht ein Verbot der Prostitution nicht aus. Die Auswirkungen für die Frauen sind keineswegs nur positiv. Sozialarbeiterinnen in Schweden fordern mehr Hilfen für die Frauen. Denn trotz Verbots – die Freier bleiben. Sex wird im Internet gekauft, die Dunkelziffer ist hoch, der Druck auf Frauen in der Prostitution nehme zu, so Berichte aus Schweden. Dass etwas verboten ist (bestraft wird), heißt nicht, dass es nicht passiert. Das Verbot in Schweden hat nach meiner Kenntnis aber die gesellschaftliche Diskussion verändert. Das ist positiv. Übrigens: Das EU-Parlament hat am Mittwoch eine nicht bindende Resolution verabschiedet. Die EU-Staaten sollen die Nachfrage nach Prostitution eindämmen, indem sie die Freier bestrafen. Nationale Behörden werden aufgefordert, Ausstiegsstrategien für Prostituierte zu entwickeln. Die Frauen brauchen eine Perspektive für an-

dere Einnahmequellen. Wichtig ist die Eindämmung von Armut, die Frauen in die Prostitution treibt.

OP: Wie stehen Sie zu der Forderung, angesichts der umfangreichen und komplizierten Aufgabe eine Streetworker-Stelle direkt bei der Stadt Marburg zu schaffen, die sich um die Situation der Prostituierten in Marburg beschäftigt (die könnte ja mit einer Streetworkerin von FiM besetzt werden)?

Vaupel: Die Entscheidung, die Marburg getroffen hat, hat sich bewährt. FiM als erfahrene, anerkannte und vernetzte arbeitende Beratungsstelle hat einen Zugang, den die Stadt nicht gewährleisten könnte.

OP: Muss in Marburg mehr Geld für die Sozialarbeit im Rotlicht-Milieu bereitgestellt werden?

Vaupel: Mehr Geld bedeutet nicht effektivere Arbeit. Effektivere Arbeit ist meines Erachtens nur durch Netzwerke möglich. Deshalb habe ich bereits vor Jahren die OB-Kollegen aus Wetzlar und Gießen sowie den Bürgermeister aus Pohlheim zu Gesprächen über eine Zusammenarbeit eingeladen. Erst im vergangenen Jahr ist es, auch dank der Unterstützung von FiM, gelungen, einen Runden Tisch „Prostitution in Mittelhessen“ einzurichten. Meine

Zielsetzung war und ist, durch Zusammenarbeit ein Netzwerk zu errichten, für dessen Arbeit alle Kommunen einen Beitrag leisten – finanziell wie ideell.

OP: Werden in Marburg künftig weitere neue Etablissements eröffnet werden?

Vaupel: Persönlich sage ich Nein! Aber ich bin an Recht und Gesetz gebunden und muss danach entscheiden. Wir haben schon vor Jahren eine Sperrbezirksverordnung mit klaren Regelungen erlassen, um damit Prostitution im Großteil der Stadt so weit wie möglich zu verhindern.

OP: Wie beurteilen Sie die Arbeit von FiM in Marburg?

Vaupel: Unsere Entscheidung für FiM war goldrichtig. Die Mitarbeiterinnen sind regelmäßig in den Bordellen in Marburg unterwegs, die Frauen und auch die Freier wissen: Es gibt eine Stelle, die helfen kann. Vieles, was FiM in Marburg leistet, kann nicht öffentlich gemacht werden. Schließlich geht es um den Schutz von Frauen in Not-situationen. Für diese Arbeit ist Vertrauen unabdingbar. Bei FiM arbeiten 15 Frauen. Die Mitarbeiterinnen sprechen 10 verschiedene Sprachen und beraten jährlich Frauen aus ca. 80 Herkunftsländern. Sie sind außerdem sehr erfahren, Klienten mit Dolmetscherinnen zu beraten. Eine andere Organisation, die auch zur Auswahl stand, konnte diese Qualifikation nicht vorweisen.

OP: Wann ist die Arbeit von FiM zuletzt evaluiert worden?

Vaupel: In der Sitzung der Gleichstellungskommission im Januar. Eine Evaluation der Arbeit von FiM in Marburg erfolgt kontinuierlich, z. B. auf Grundlage der jährlichen FiM-Berichte. Darüber hinaus finden stetig Gespräche, Sitzungen und Vorträge statt, die eine Rückkopplung und Abstimmung der Arbeit von FiM gewährleisten. Hinzu kommen die Rückmeldungen der Polizei. Die Bewertung ergibt: Aufwand und Ergebnis sowie die konkreten, praxisorientierten Maßnahmen von FiM sind sehr gut geeignet, um die für die Universitätsstadt Marburg angestrebten Zielsetzungen zu erfüllen.

OP: Wann ist die Arbeit von FiM zuletzt gebenchmarkt worden?

Vaupel: Mit welchen vergleichbaren Kommunen soll dieser zielgerichtete Vergleich erfolgen? Was wir in Marburg geschaffen haben, ist einzigartig. Wir haben 2007 ganz bewusst FiM ausgewählt aus einer vergleichbaren Gruppe. Es hat sich gezeigt, dass wir sehr gut gewählt haben.



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von
Michael Arndt

Weiber, pardon: Frauen an die Macht! So lautete gestern das Motto. Was sind wir Männer froh, dass wir ab heute wieder das Sagen haben!

Haben wir das wirklich? Auch auf die Gefahr hin, dass ich mir jetzt den Zorn aller Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten zuziehe – ich meine: nein!

Seit Kindesbeinen werden wir von Frauen beherrscht. Ich nenne nur die Erzieherinnen in der Kita, die Lehrerinnen in der Grundschule – Erzieher und Lehrer kommen ja dort nur als Exoten vor. Und dann noch die vielen alleinerziehenden, oft spät gebärenden Mutti.

Apropos Mutti. Gesamtdeutsch regiert werden wir ja auch von einer Frau, und dies nun schon in der dritten Legislaturperiode. Dann gibt's noch seit kurzem unsere Landrätin und – horribile dictu! – unsere Verteidigungsministerin.

Fürwahr: Wir Männer haben's wirklich schwer in dieser matriarchalischen Gesellschaft.

Debatte über Ausbildung der Feuerwehr

Marburg. Das Stadtparlament wird heute (ab 16.30 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal, Barfüßerstraße 50) über einen Dringlichkeitsantrag diskutieren, nach dem der Magistrat sich für den Erhalt des Ausbildungszentrums der Hessischen Jugendfeuerwehr in Cappel stark machen soll.

Ein weiterer Schwerpunkt der Sitzung wird der Bericht des Kinder- und Jugendparlaments sein. Auf Antrag der Fraktion Marburger Linke diskutiert das Parlament außerdem über einen möglichen Grundstücks-tausch mit der Wohnungsbau-gesellschaft GWH mit dem Ziel, auf dem Gelände des früheren Arbeitsgerichts in der Gutenbergstraße Sozialwohnungen und am Richtsberg ein Studentenwohnheim zu errichten.

POLIZEI

Diebstahl in der Umkleidekabine

Ockershausen. Am Dienstag, 18. Februar, hat sich ein Dieb zwischen 20 und 21.30 Uhr in der Umkleidekabine der Turnhalle im Zwetschenweg aufgehalten. Er stahl eine längliche, beige, mit roten und weißen Blumen verzierte Geldbörse aus einer Sporttasche und damit Bargeld, Ausweis, Führerschein und Scheckkarte. Möglicherweise gibt es weitere Opfer, denn zur Tatzeit befanden sich etwa 30 Sportler in der Halle.

Roller gestohlen

Marburg. Vom Waldparkplatz auf den Lahnbergen an der Landesstraße 3092, am Verbindungsweg nach Bauerbach, hat ein Dieb am Dienstag, 25. Februar, zwischen 19.30 und 21.30 Uhr einen roten Motorroller des Herstellers Aprilia im Wert von 1.800 Euro gestohlen.

Container brennt

Marburg. Am Donnerstag, 27. Februar, gegen 7.30 Uhr hat die Feuerwehr in der Friedrich-Ebert-Straße, Ecke Damaschke-weg, einen brennenden Müll-container gelöscht.



Oberbürgermeister Egon Vaupel will, dass Kontrollmöglichkeiten für Ordnungsbehörden in Bordellen verbessert werden. [Archivfoto](#)

Partikeltherapie: Land droht Rhön-AG mit Klage

Frist zur Aufnahme von Behandlungen läuft heute um 24 Uhr ab · Spies: Es gibt Alternativen

Heute um 24 Uhr läuft die Frist für die Rhön-AG ab: Läuft bis dahin die Partikeltherapieanlage auf den Lahnbergen nicht, droht eine Klage des Landes.

von Till Conrad
und unserer Agentur

Marburg. Der neue Wissenschaftsminister Boris Rhein sagte gestern im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, das Land erwarte, dass die neuartige Strahlentherapie in Betrieb

genommen wird. „Ansonsten werden wir unsere Ansprüche gerichtlich geltend machen“, drohte Rhein.

Bei der Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg war unter anderem die Inbetriebnahme der Partikeltherapieanlage vereinbart worden. Andernfalls droht laut Vertrag eine Konventionalstrafe von 100 Millionen Euro. Die Frist ist bereits um 14 Monate verlängert worden.

Eine Möglichkeit für die Inbetriebnahme wäre eine Kooperation mit der Uniklinik Heidelberg, die bereits mit der Partikeltherapie arbeitet. Rhein sagte,

das Land sei nicht mehr Partner in den Verhandlungen.

Gegenüber der OP hatte sich das UKGM optimistisch geäußert, dass die Gespräche erfolgreich zum Abschluss gebracht werden können. Dass die Frist 28. Februar eingehalten werden kann, ist aber so gut wie ausgeschlossen: Dazu müsste heute der erste Patient auf den Lahnbergen behandelt werden.

Wahrscheinlich ist nun, dass die Landesregierung die Klage einreicht, um ihre Ansprüche zu wahren, und zugleich deutlich macht, dass sie diese zurückzieht, wenn ein verbindlicher Fahrplan für die Inbetrieb-

nahme der Partikeltherapie vorgelegt wird.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses, der Marburger SPD-Abgeordnete Dr. Thomas Spies, forderte die Landesregierung schon unter der Woche zur Klage auf und wiederholte diese Forderung gestern. Spies sagte der OP, die Partikeltherapie sei nicht die einzige moderne Krebstherapie. Mit der Konventionalstrafe in Höhe von 100 Millionen Euro könne man gegebenenfalls auch andere Therapieformen für die medizinische Behandlung wie für die Forschung in Marburg etablieren.

Die CDU-Abgeordnete Karin Wolff sagte, in den Gesprächen zwischen der Siemens AG als Eigentümerin der Anlage, der Rhön-Klinikum AG und dem Heidelberger Ionenstrahl-Therapiezentrum müsse eine Lösung für die Aufnahme des regulären klinischen Betriebes gefunden werden. Auch der grüne Koalitionspartner setzt auf den Patientenbetrieb: „Wir fordern vom privaten Betreiber des UKGM, seine vertraglich eingegangenen Verpflichtungen endlich zu erfüllen. Die Partikeltherapie muss in Betrieb gehen“, sagte der hochschulpolitische Sprecher Daniel May.